

++++
impf-report Newsletter
++++
Unabhängiger Nachrichtendienst rund ums Impfen
Ausgabe Nr. 18/2010 13. Dez. 2010

Inhalt:

- [01] Kostenbeteiligung für den "impf-report"-Newsletter
- [02] Video-DVD vom 7. Stuttgarter Impfsymposium
- [03] Wie gesund sind ungeimpfte Kinder?
- [04] Ein tödlicher Impf-Kreislauf - nicht nur in Nigeria!
- [05] Impfschäden in Brandenburg: Die falschen Fragen
- [06] Quecksilberbelastung erhöht Risiko von Energiesparlampen
- [07] SWR2-Hörfunk: Wie kommt die STIKO zu ihren Impfeempfehlungen?
- [08] USA: Sinkende Impfraten bei gebildeten Familien
- [09] Wie lange bleiben impfkritische Webseiten noch erlaubt?
- [10] Todesfälle nach HPV-Impfung häufen sich
- [11] Hongkong meldet Vogelgrippe-Infektion bei Menschen
- [12] WHO lässt "Pandemie"-Pläne durch Pharma-Manager auswerten
- [13] arznei-telegramm: "Rotavirusimpfung riskant und entbehrlich"
- [14] USA: Mehr Fehlgeburten durch Schweinegrippe-Impfung?
- [15] Heimliche Massenimpfungen mit Nano-Impfstoffen?
- [16] "Schweinegrippe-Impfstoffe sind nicht gesundheitsschädigend!"
- [17] Blauzungenimpfung: Kärntner Landwirt soll Haft antreten
- [18] Krankes Wachstum: Planwirtschaft für Unternehmensprofite
- [19] "Medikamente in Deutschland überteuert"
- [20] foodwatch gewinnt Prozess gegen Bayerisches Umweltministerium
- [21] Petition gegen Zulassungspflicht für Nahrungsergänzung
- [22] Kriminalisierung von Hebammen in Ungarn
- [23] Veranstaltungshinweise
- [24] Impressum

++++
[01] Kostenbeteiligung für den "impf-report"-Newsletter
++++
Der Bezug des Newsletters ist grundsätzlich kostenlos!

Ich freue mich jedoch, wenn Sie meine Arbeit durch eine jährliche Kostenbeteiligung ab 30 Euro unterstützen. Damit ist gleichzeitig der Bezug der elektronischen Ausgabe der Zeitschrift impf-report (inhaltlich nicht mit dem Newsletter identisch) für ein Jahr (= 6 Ausgaben) verbunden. Bei Interesse schreiben Sie bitte mit dem Betreff "Kostenbeteiligung Newsletter" an: redaktion@impf-report.de

Ihr
Hans U. P. Tolzin

++++
[02] Video-DVD vom 7. Stuttgarter Impfsymposium
++++
Die Video-DVD vom diesjährigen Stuttgarter Impfsymposium können Sie über unseren Webshop bestellen. Weitere Infos unter:
<http://www.impf-report.de/symposium2010.htm>

++++
[03] Wie gesund sind ungeimpfte Kinder?
++++
Die nächste Printausgabe der Zeitschrift „impf-report“, an der wir gerade arbeiten, wird das Titelthema „Sind Geimpfte gesünder“ tragen. Wir werden darin verschiedenste Studien und auch Erfahrungsberichte vorstellen. Sollten Sie ungeimpfte Kinder haben oder interessante Beobachtungen zum Gesundheitszustand Geimpfter und Ungeimpfter machen, würden wir uns über Ihren Erfahrungsbericht sehr freuen (per Email an redaktion@impf-report.de).

++++
[04] Ein tödlicher Impf-Kreislauf - nicht nur in Nigeria!
++++
WikiLeaks: Pfizer-Tricks nach Tod von Kindern

Der Pharmakonzern Pfizer wollte nach Erkenntnissen von US-Diplomaten den nigerianischen Staatsanwalt unter Druck setzen, um hohen Strafzahlungen nach dem Tod von Kindern bei einem Medikamententest zu entgehen. Das geht aus neuen Depeschen aus den WikiLeaks-Beständen hervor, die in der Nacht auf heute veröffentlicht wurden.

Die Depesche aus Nigeria wirft ein neues Licht auf einen altbekannten Fall. Pfizer hatte 1996 während einer schweren Meningitisepidemie in der nigerianischen Provinz Kano 100 Kindern das neue Medikament Trovan verabreicht. Fünf von ihnen starben, einige trugen bleibende Gesundheitsschäden davon. Später gab es Vorwürfe, die Zustimmung der Eltern sei nicht ordnungsgemäß eingeholt worden, die Behörden klagten. (...) - ORF online vom 10. Dez. 2010
<http://www.orf.at/stories/2030182/>

Kommentar: Nigeria - ein tödliche Kreislauf

Nigeria gehört aufgrund des Klimas zu den malariaanfälligen Nationen, weshalb dort immer noch in Massen DDT gegen die Malariafliege versprüht wird. Gleichzeitig gehört Nigeria laut WHO zu den wenigen Ländern, in denen Poliomyelitis (Kinderlähmung) noch nicht vollständig ausgerottet werden konnte. Die Symptome einer DDT-Vergiftung sind von den Symptomen einer Polioerkrankung nicht zu unterscheiden, ebenso eine aseptische (nichtbakterielle) Meningitis. So hängt die Diagnose mehr oder weniger vom Zufall - oder der Phantasie der Gesundheitsbehörden ab. Selbst dort, wo man einen Labortest vorgenommen haben sollte, bleibt das Resultat Zufall. Zum einen sind diese Tests nicht ordentlich geeicht, zum anderen entscheidet oft einfach die Reihenfolge der Erreger, auf die

man testet, die Diagnose. Bekannt wurde Nigeria auch durch den jahrelangen Widerstand der Bevölkerung des Nordens gegen die regelmäßigen Polioimpfaktionen. Die Bevölkerung insbesondere in Kano misstraute dieser Impfung sehr.

Wahrscheinlich zu Recht. Denn es könnte durchaus sein, dass die oben erwähnte schwere Meningitisepidemie in Wahrheit eine Folge der wiederholten Poliomassenimpfungen ist. Wer kann das in einem afrikanischen Land mit einer mangelhaften medizinischen Infrastruktur wie Nigeria schon sagen, wenn sogar im vergleichsweise supermodernen Deutschland solche Zusammenhänge von den gebildeten Medizinern konsequent und reflexartig zurückgewiesen werden? Sollten meine Befürchtungen zutreffen, wäre dies in Nigeria - und nicht nur in Nigeria - ein verhängnisvoller Kreislauf:

1. Zunächst wird ja von Seiten der Schulmedizin behauptet, Malaria werde durch die Malariafliege übertragen und habe nichts oder kaum etwas mit der persönlichen Konstitution des Betroffenen zu tun. Ich habe mich noch nicht damit beschäftigt, aber wenn die Beweislage bei Malaria auch nicht besser ist als bei der - unschuldigen - Gnitze, die angeblich die Blauzungenkrankheit übertragen soll, dann ist das mit der Mückenübertragung Humbug. Und selbst wenn etwas dran sein sollte, so wäre die erste Maßnahme zur Prävention die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit vitalstoffreicher Nahrung und sauberem Wasser. Übrigens hat man in den USA in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts - ohne Beweise - Insekten im Verdacht gehabt, Polio zu übertragen, weshalb man vorsorglich ganze Ortschaften mit dem Pestizid DDT einnebelte. Auch das sogenannte West-Nil-Fieber soll durch Insekten übertragen werden. Dich auch hier ist die Beweislage dürftig und die Symptome und Umstände deuten eher auf Pestizidvergiftungen hin. Gewinner: Die Institute, die den angeblichen Erreger erforschen und einen Impfstoff entwickeln. Und: Die Kapitaleigner der künftigen Hersteller dieser Impfstoffe. Verlierer: Die betroffenen Menschen.

2. Da die Fliege schuld sein soll und kein Impfstoff verfügbar ist, wird also in Nigeria immer noch tonnenweise mit DDT ein Pestizid gegen die Malariafliege versprüht, das bei uns längst verboten ist - und selbst schwere neurologische Erkrankungen verursachen kann. Gewinner: Die Kapitaleigner der Hersteller. Verlierer: Die betroffenen Menschen.

3. Die auftretenden DDT-Vergiftungen benennt man dann ganz einfach auf "Polio" um. Kein Problem, denn die Symptome sind ja identisch. Gegen Polio muss man natürlich vorsorglich impfen. Gewinner: Die Kapitaleigner der Hersteller. Verlierer: Die betroffenen Menschen.

4. Die Polioimpfung, zusammen mit dem DDT, verursacht unter anderem Gehirnhautentzündungen. Diese werden nach offizieller Lesart von Meningokokken verursacht. Gegen diese muss man dann natürlich auch wieder impfen. Gewinner: Die Kapitaleigner der Hersteller. Verlierer: Die betroffenen Menschen.

5. Also impft man insbesondere während der angeblichen Meningitisepidemien die Säuglinge. Doch ein bestimmter Prozentsatz stirbt direkt nach der Impfung oder etwas später. Hier ist die Umdeutungskette zugunsten der Hersteller zu Ende und man muss zur nackten Bestechung greifen, um die Geschehnisse unter der Decke zu halten. Gewinner und Verlierer bleiben auch hier die Gleichen.

Ob meine Interpretation stimmen kann? Möglicherweise ist es sogar noch viel schlimmer und komplexer.

++++
[05] Impfschäden in Brandenburg: Die falschen Fragen
++++
(ir) Eine interessante Anfrage stellte die Abgeordnete Dr. Saskia Ludwig (CDU) im September 2010 an die Landesregierung von Brandenburg. Unter anderem wollte sie die jährliche Anzahl von Impfschäden nach öffentlich empfohlenen Standard-Impfungen wissen.

Die Antwort: (<http://saskiafunck.de/image/inhalte/file/2202.pdf>)
Zwischen 2002 und 2010 wurden in Brandenburg vier Anträge auf Anerkennung von Impfschäden gestellt. Daraus, dass weder erwähnt wurde, wie viele von diesen vier Anträgen abgelehnt oder angenommen wurde, ist zu schließen, dass die Verfahren noch laufen. Die Laufzeit der Impfschadensanerkennungsverfahren von acht und mehr Jahren zeigt schon einen der wesentlichen Gründe auf, warum so wenig Anträge von den Betroffenen gestellt werden. Ein weiterer Grund ist der Umstand, dass der Gesetzgeber zwar die Haftung für negative Folgen von öffentlich empfohlenen Impfungen übernimmt, die Beweislast jedoch den Opfern auferlegt. Da die Datenlage über die Auswirkung der verschiedenen Inhaltsstoffe auf die hochkomplexen Abläufe im lebenden Organismus sehr beschränkt ist, ist das Anerkennungsverfahren in den meisten Fällen aussichtslos.

Impfungen sind rechtlich gesehen Körperverletzungen bei Gesunden und bedürfen der mündigen Einwilligung. Mündig einwilligen kann jedoch nur, wer ausgewogen und umfassend informiert ist. Dazu gehört auch die Frage, wie viele mögliche Impfkomplicationen insgesamt gemeldet wurden und bei wie vielen dieser Meldungen Behörden und Hersteller den vermuteten Zusammenhang begründet ausschließen können. Jährlich werden in Deutschland durchschnittlich über 1.500 Verdachtsfälle von Impfkomplicationen gemeldet, darunter mehr als 30 Todesfälle. Die Melderate liegt je nach Quelle bei fünf Prozent bis hin zu einem Promille. Dementsprechend müsste man diese Zahlen mit mindestens 20 oder gar Tausend multiplizieren, um auf die tatsächliche Häufigkeit von Erkrankungen im Zusammenhang mit Impfungen zu kommen.

Stelle ich nun die Frage, wie viele dieser Fälle als Impfschäden anerkannt wurden, dann liegt die Zahl nur bei wenigen Dutzend jährlich. Stelle ich dagegen die Frage, bei wie vielen der gemeldeten Erkrankungen die Behörden und Hersteller den Zusammenhang mit der vorausgegangenen Impfung definitiv ausschließen können, so lautet die Antwort: Bei keinem Einzigen! Sie sehen also: Die Veränderung der Fragestellung

bringt ein völlig gegensätzliches Ergebnis - mit ganz anderen politischen Konsequenzen - zustande.

Weitere Fragen von Dr. Ludwig betrafen die Erkrankungs- und Durchimpfungsraten in Brandenburg. Laut Antwort waren z. B. von den Schulabgängern der 10. Klassen über 98 % der Kinder mit vorgelegtem Impfpass zwei mal gegen Masern, Mumps und Röteln geimpft. Allerdings bleibt bei solchen Statistischen regelmäßig die Rate derjenigen ohne Impfausweis unberücksichtigt. Diese betrug bei diesen Zehnt-Klässlern durchschnittlich 12 %. Gleichzeitig wurden in ganz Brandenburg bei Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren im Jahresdurchschnitt etwa 5 mal Masern, 8 mal Mumps und 1 mal Röteln erfasst. Die Unterschlagung der "Impfpass-Muffel" macht aus Sicht der Gesundheitsbehörden durchaus Sinn. Denn sonst könnten manche Eltern ihnen die peinliche Frage stellen, wie es sein kann, dass unter den Zigtausenden nicht oder nicht ausreichend Geimpften trotzdem nur derart selten Erkrankungen auftreten. Wobei der Impfstatus der Erkrankten in der Regel gar nicht erfasst wird.

++++
[06] Quecksilberbelastung erhöht Risiko von Energiesparlampen
++++
(ir) Die von der EU verordneten Energiesparlampen sind umstritten, da sie Quecksilber enthalten. Den Behörden zufolge sind die Energiesparlampen aufgrund der geringen Mengen Quecksilber unbedenklich. Doch zunehmend machen Ärzte wie der bekannte Autor Dr. med. Joachim Mutter gegenteilige Erfahrungen: Mehrere seiner Patienten erkrankten durch zerbrochene Energiesparlampen.

In der Regel liege bei diesen Patienten bereits eine Quecksilberbelastung, z. B. durch Zahnamalgam, Medikamente oder Impfstoffe vor, weshalb sie deshalb besonders sensibilisiert seien. Dr. Mutter erklärte dies mit dem Fass-Modell: Irgendwann laufe das volle Fass (der Organismus) durch einen letzten „Tropfen“ (Quecksilber) über und reagiere mit Krankheit.

++++
[07] SWR2-Hörfunk: Wie kommt die STIKO zu ihren Impfempfehlungen?
++++
Vor einem Jahr erhitzte die Impfung gegen Schweinegrippe die Gemüter. Der Erreger entpuppte sich dann aber als viel harmloser, als von der WHO prognostiziert. Waren die WHO-Experten von den Impfstoffherstellern gekauft? Dies untersucht derzeit eine unabhängige Kommission. Auch der Ständigen Impfkommission (STIKO), die in Deutschland Impfungen empfiehlt, wird eine zu große Pharanähe vorgeworfen. Sie hat sehr schnell die umstrittene Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs (HPV-Impfung) für Mädchen befürwortet - ohne dass der Nutzen ausreichend geklärt ist. Wie kommt die STIKO zu ihren Entscheidungen und warum drängen immer mehr Impfstoffe auf den Markt? - SWR2-Hörfunk vom 6. Dez. 2010 (28 Min.)
<http://xrl.in/6tfn>

++++
[08] USA: Sinkende Impfraten bei gebildeten Familien

++++
Wie der amerikanische Nationale Ausschuss zur Qualitätssicherung berichtete, sank die Impfrate bei Kindern, die privat krankenversichert sind, zwischen 2008 und 2009 um vier Prozent. In ihren Jahresbericht über den Zustand der Qualität im Gesundheitswesen meldete die Organisation, dass vor allem bei Kindern aus Familien mit einem hohen Bildungsniveau die Impfraten deutlich abnehmen.(...) - Mike Adams bei Kopp online vom 17. Nov. 2010

<http://xrl.in/6tft>

++++
[09] Wie lange bleiben impfkritische Webseiten noch erlaubt?

++++
Als Teil einer neuen Ausweitung der Machtbefugnisse der Regierung zur Einschränkung der Informationsfreiheit hat das amerikanische Heimat-schutzministerium (Department of Homeland Security, DHS) damit begonnen, Internetseiten und ganze Komplexe von Internetseiten, die sogenannten »Domains«, ohne rechtsstaatliches Verfahren oder ordentliches Gerichtsverfahren zu sperren und zu schließen. Das DHS sperrt willkürlich Internetdomänen und belegt diese Internetseiten mit einem unheil-verkündenden Logo, das die ganze Seite abdeckt und den Zugriff unmöglich macht. Ein Beispiel dazu findet man unter

<http://torrent-finder.com/>. (...)

In den vergangenen Jahren versuchten verschiedene US-Senatoren bereits, Vitamine und andere Nahrungsergänzungsmittel für ungesetzlich erklären zu lassen. Einer der Gesetzesmacher schlug sogar vor, Informationen über »alternative Medizin und Gesundheitsfürsorge« sollten im Internet verboten werden, um die Bevölkerung vor Informationen zu »schützen«, die nicht mit der auf Medikamente und operative Eingriffe gestützten Herangehensweise der »Krankheitsvorsorge« auf einer Linie stehen. (...) - Mike Adams bei Kopp online am 30. Nov. 2010

<http://xrl.in/6tfu>

++++
[10] Todesfälle nach HPV-Impfung häufen sich

++++
(Zentrum der Gesundheit) - Die Impfstoffe gegen Gebärmutterhalskrebs führten in Indien zu sechs Todesfällen. Während eines Impftests in Indien starben sechs junge Mädchen an den Folgen der Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs. Die beiden Impfstoffe (Gardasil von Merck & Co sowie Cervarix von GlaxoSmithKline GSK) gegen das menschliche Papillomavirus (HPV) haben außerdem bei mindestens 67 Todesfällen in den USA eine Rolle gespielt. Während sie in den Vereinigten Staaten nach wie vor ungebremst verabreicht werden, hat die indische Regierung den weiteren Einsatz der Impfstoffe vorerst unterbunden. (...) - www.zentrum-der-gesundheit.de vom 1. Dez. 2010

<http://xrl.in/6tfv>

Englischsprachige Quellen:

--> India halts HPV vaccine trial after six girls die, US does nothing in response to 67 deaths and counting

http://www.naturalnews.com/029632_India_HPV_vaccine.html

--> After deaths, cervical cancer vaccine trials stopped

<http://xrl.in/6tffw>

--> The Truth About Gardasil

<http://truthaboutgardasil.org/>

Kommentar: Bisher mindestens 4 Todesfälle in Deutschland

Laut Meldedatenbank des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), der deutschen Zulassungsbehörde für Impfstoffe, wurden in Deutschland bisher vier Todesfälle im Zusammenhang mit der HPV-Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs bekannt. Es handelt sich hierbei ausschließlich um Todesfälle nach der Verabreichung von GARDASIL. Ob dies damit zusammenhängt, dass das Konkurrenzprodukt CERVARIX vergleichsweise wenig verabreicht wird, oder damit, dass GARDASIL wesentlich gefährlicher ist, wissen wir nicht. Dies wird auch vom PEI nicht untersucht, denn die Bundesbehörde sieht grundsätzlich keinen Zusammenhang mit vorausgegangenen Impfungen. Begründet wird dies damit, dass man diesen Zusammenhang nicht direkt nachweisen könne. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass sich zwei dieser Todesfälle innerhalb eines Tages und ein Todesfall innerhalb von drei Tagen nach der Impfung ereigneten und alternative Ursachen nicht gefunden werden konnten.

Übrigens: Diese bekannt gewordenen Fälle sind wahrscheinlich nur der Tropfen auf dem heißen Stein, denn die Dunkelziffer bei den Meldungen von Impfkomplicationen beträgt laut einer Publikation des PEI mindestens 95 %!

Zur PEI-Meldedatenbank: <http://www.pei.de/db-verdachtsfaelle>

+++++

[11] Hongkong meldet Vogelgrippe-Infektion bei Menschen

+++++

In Hongkong hat sich seit sieben Jahren erstmals wieder nachweislich ein Mensch mit einem Vogelgrippevirus infiziert. Der Gesundheitszustand der 59 Jahre alten Frau sei besorgniserregend, teilten die Gesundheitsbehörden mit. Sie erhöhten die Alarmstufe, demnach besteht eine "erhöhte Gefahr", sich mit der unter Umständen tödlichen Vogelgrippe zu infizieren. (...) - DIE ZEIT online vom 18. Nov. 2010

<http://xrl.in/6tfz>

Kommentar: Was es braucht, um eine Vogelgrippe-Epidemie zu starten

Wer weiß, es wäre durchaus möglich, dass aus diesem Fall eine neue weltweite Vogelgrippe-Hysterie entsteht. Dabei ist die Diagnose "Vogelgrippe" so beliebig wie die Ergebnisse der verwendeten Labortests. Diese werden ja nicht anhand eines spezifischen aufgereinigten Virus, sondern

an Tieren mit der Vogelgrippe-Diagnose geeicht. In der Praxis wird einfach so lange experimentiert, bis der "spezifischer" Labortest bei den Tieren mit den ausgewählten Symptomen zuverlässig immer - oder fast immer - anschlägt. Auf welche Substanzen diese Tests letztlich reagieren, weiß vermutlich niemand.

Schwäbisch Hall, meine neue Wahlheimat, versinkt heute im Schnee. Nehmen wir einmal an, eine der Meisen, die unseren Balkon regelmäßig besuchen, um sich Futter zu holen, liegt nach einer durchfrosteten Nacht morgen früh tot vor unserer Balkontür. Und nehmen wir weiter an, ich würde das Gesundheitsamt oder eine andere Behörde anrufen und ihnen mitteilen, dass wir eine tote Meise auf dem Balkon liegen haben und dass wir befürchten, es könnte sich um die Vogelgrippe handeln und wir würden uns deshalb nicht mehr auf den Balkon trauen. Wie würden die Behörden wohl reagieren? Ich vermute, sie könnten es sich nicht leisten, einen Vogelgrippe-Verdachtsfall, und sei er noch so banal, zu ignorieren und würden mit Schutzanzügen bei uns antreten und den toten Vogel bergen.

Möglicherweise wäre der tote Vogel testpositiv. Dann wäre er aus Sicht der Behörden offiziell an Vogelgrippe gestorben. Die unmittelbare Folge: 3 km Sperrzone rund um unser Haus, ständige Probenentnahme bei Vogelzüchtern innerhalb dieses Bereichs. Verbot, Federvieh auf Ausstellungen zu präsentieren oder zu transportieren.

Etwa tausend Meter von meiner Wohnung gibt es eine Geflügelfarm mit Tausenden von Puten, die fabrikmäßig produziert werden. Kein Tageslicht, kein Auslauf. Ein bestimmter Prozentsatz ist unter diesen - nur wenig artgerechten - Bedingungen immer kränklich. Natürlich werden die Veterinäre sich diese Tiere herauspicken und sie untersuchen. Je mehr Tiere untersucht werden, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass Testpositive darunter sind. Und schon haben wir eine erste Ansteckungskette von der Meise auf meinem Balkon hinüber zur Putenfarm. Wenn es so läuft, wie bei der letzten Vogelgrippe-Hysterie, darf der Putenfarmer seinen gesamten Bestand keulen. Dazu wird wohl eine der fahrbaren Großvogelvernichtungsmaschinen in den Einsatz kommen müssen. Unabhängig davon, ob ich die Art der Tierfleischerzeugung toll finde oder nicht (wohl eher nicht), hängt die finanzielle Existenz einer Familie an ihr. Ob sie das verkraftet?

Und so würden, ausgehend von unserer Meise auf dem Balkon die Sperr- und Warnzonen sich epidemieartig ausbreiten und ganz Baden-Württemberg, vielleicht aber auch noch mehr Bundesländer, "befallen".

Alles was es dazu braucht, ist ein braver Mitbürger voller Vogelgrippe-Angst und eine eifrige Behörde.

++++
[12] WHO lässt "Pandemie"-Pläne durch Pharma-Manager auswerten
++++
18.11.2010: Ein Institut der Universität Nottingham soll unter der Lei-

tung von Professor Jonathan Van Tam für die WHO untersuchen, inwiefern sich die vorhandenen Influenza "Bereitschaftspläne und Vorsorgemaßnahmen als wirksam und zweckmäßig erwiesen haben".

WHO macht mit Van Tam einen Bock zu Gärtner, denn sie lässt damit einen ehemaligen leitenden Angestellten von ROCHE, GSK und Sanofi-Aventis für sie die Lehren aus der "Pandemie"-Pleite ziehen. Die Generalsekretärin Frau Chan benimmt sich so, als hätte es nie Korruptionsvorwürfe wegen der Zusammenarbeit zwischen Big Pharma und der WHO gegeben.

Von der vom Europarat eingeforderten Transparenz in der milliarden-schweren, höchst korruptionsverdächtigen Zusammenarbeit von WHO und Pharma-Industrie ist bisher nichts zu spüren. Im Gegenteil: Prof. Van Tam war von Anfang an ein wichtiger "wissenschaftlicher" Begleiter der WHO bei der Inszenierung und Verbreitung der Angst vor der "Vogel-Grippe" (2006) und der "Schweine-Grippe" (2009) und wird kaum Interesse haben, Licht in die Angelegenheit zu bringen.

Gerade ein von der Industrie gesponserter Wissenschaftler wie er soll jetzt im Auftrag der WHO klären, "inwiefern Vorsorgemaßnahmen bei der Bekämpfung der Pandemie H1N1/2009 von Nutzen waren, und dabei im Hinblick auf die Zukunft geeignete Praktiken sowie Bereiche zu benennen, in denen eine Fortsetzung oder Erhöhung der Unterstützung durch die WHO nötig ist."

Da Prof. Van Tan vor den WHO-Panik-Kampagnen für Roche (Tamiflu) , Aventis Pasteur MSD (Sanofi Aventis) und SmithKline Beecham (GSK) als Chef für medizinische Angelegenheiten arbeitete, ist er sich jetzt wohl auch so sicher, dass sich die laufende Zusammenarbeit - wie er sich ausdrückt: "für beide Seiten auszahlt."

Die damit erneut gezeigte ungeheuere Naivität und Unverfrorenheit der WHO ist beängstigend und empörend zugleich. Man kann gespannt sein, welche durchtriebene Marketing Idee für nächste "Pandemien" dabei herauskommen.

Eines ist klar: Ein gewissenhafter Arzt kann der WHO nicht mehr glauben. Und die Regierungen müssen sich fragen lassen, weshalb sie tatenlos zuschauen und zahlen, während die weltweit wichtigste Gesundheitsbehörde zum Marketing-Instrument für eine skrupellose Pharma-Industrie verkommt. - Dr. med. Wolfgang Wodarg
<http://www.wodarg.de/show/3845874.html>

++++
[13] arznei-telegramm: "Rotavirusimpfung riskant und entbehrlich"
++++
Nachdem ein früherer Rotavirus-Impfstoff aufgrund der Beobachtung von Invaginationen (Darmeinstülpungen) nach wenigen Monaten vom Markt genommen werden musste, wurde diese lebensgefährliche Nebenwirkung nun auch bei ROTARIX beobachtet. Vorläufige Ergebnisse von zwei Postmarketingstudien legen nahe, dass in den USA mit vier Hospitalisierungen auf 100.000 Impfungen innerhalb von 31. Tagen nach der ersten Impfung zu

rechnen sei. Dies meldet das pharmaunabhängige arznei-telegramm in seiner Dezember-Ausgabe. Weiter heißt es: "Auch für ROTATEQ gibt es Hinweise auf eine mögliche vorübergehende Zunahme von Invaginationen innerhalb von sieben Tagen nach der ersten Dosis."

Das arznei-telegramm kommt zu dem Schluss: "Wir halten die Immunisierung gegen Rotaviren hierzulande für entbehrlich".

<http://www.arznei-telegramm.de>

++++
[14] USA: Mehr Fehlgeburten durch Schweinegrippe-Impfung?
++++
(ir) Wie NaturalNews.com am 8. Dez.2010 meldet, ist in den USA die Rate der Fehlgeburten nach Einführung der Schweinegrippe-Impfung um 700 Prozent angestiegen. Sollte die zugrundeliegende statistische Erhebung zutreffen, wären auch die pausenlosen Beteuerungen der deutschen Zulassungsbehörde für Impfstoffe, des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), hinfällig. Wie das PEI auf seiner Webseite einräumt, wisse man zwar sehr wohl, dass durch die neuen Zusatzstoffe in der Schweinegrippeimpfung die sogenannte zelluläre Immunität verhältnismäßig stark stimuliert wird, dies aber keine Gefahr für das ungeborene Leben bei der Impfung von Schwangeren darstelle. Zum Hintergrund: Während der Schwangerschaft wird die zelluläre Immunität der werdenden Mutter heruntergefahren, damit der Fetus, der ja fremde DNA (die des Vaters) enthält, nicht abgestoßen wird.

--> Quelle (englisch):

http://www.naturalnews.com/030657_vaccines_miscarriages.html

--> Im Artikel angegebene Originalquelle (englisch):

<http://www.progressiveconvergence.com/H1N1-RELATED%20miscarriages.htm>

Kommentar:

In der Meldedatenbank des PEI sind mittlerweile 1.039 Fälle von schwerwiegenden Impfnebenwirkungen erfasst. Die Dunkelziffer beträgt einer Veröffentlichung des PEI zufolge mindestens 95 %.

Unter diesen Meldungen finden sich insgesamt 11 mal die Begriffe "Abort" und "Spontanabort" und einmal "fötale Mißbildung".

PEI-Meldedatenbank: <http://www.pei.de/db-verdachtsfaelle>

++++
[15] Heimliche Massenimpfungen mit Nano-Impfstoffen?
++++
Der amerikanische Milliardär Bill Gates ist ein Vorkämpfer der Bevölkerungsreduktion. Nun finanziert er die Entwicklung neuer »versteckter« Impfstoffe, die ohne Wissen der Menschen durch den Körperschweiß aktiviert werden sollen. (...) Die größte gemeinnützige Stiftung der Welt, die Bill and Melinda Gates Foundation, hat angekündigt, ausgewählte Forschungs- und Entwicklungsprojekte in aller Welt mit Millionenbeträ-

gen zu unterstützen. Besonders gefördert werden das deutsche Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung und das Helmholtz-Institut für Pharmaforschung bei der Entwicklung von Impfstoffen, die in Nanopartikeln enthalten sind und »beim Kontakt mit menschlichem Schweiß« freigesetzt werden. Die Wirkungsweise wird so beschrieben: »Die Nanopartikel dringen über Haarfollikel in die Haut ein, platzen im Kontakt mit menschlichem Schweiß und setzen die Impfstoffe frei.« (...) - Kopp online vom 10. Dez. 2010

<http://xrl.in/6tg2>

++++
[16] "Schweinegrippe-Impfstoffe sind nicht gesundheitsschädigend!"
++++
(ir) Wie NaturalNews.com am 8. Dez.2010 meldet, ist in den USA die Rate der Fehlgeburten nach Einführung der Schweinegrippe-Impfung um 700 Prozent angestiegen. Sollte die zugrundeliegende statistische Erhebung zutreffen, wären auch die pausenlosen Beteuerungen der deutschen Zulassungsbehörde für Impfstoffe, des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), hinfällig. Wie das PEI auf seiner Webseite einräumt, wisse man zwar sehr wohl, dass durch die neuen Zusatzstoffe in der Schweinegrippeimpfung die sogenannte zelluläre Immunität verhältnismäßig stark stimuliert wird, dies aber keine Gefahr für das ungeborene Leben bei der Impfung von Schwangeren darstelle. Zum Hintergrund: Während der Schwangerschaft wird die zelluläre Immunität der werdenden Mutter heruntergefahren, damit der Fötus, der ja fremde DNA (die des Vaters) enthält, nicht abgestoßen wird.

--> Quelle (englisch):

http://www.naturalnews.com/030657_vaccines_miscarriages.html

--> Im Artikel angegebene Originalquelle (englisch):

<http://xrl.in/6tlg>

Kommentar:

In der Meldedatenbank des PEI sind mittlerweile 1.039 Fälle von schwerwiegenden Impfnebenwirkungen erfasst. Die Dunkelziffer beträgt einer Veröffentlichung des PEI zufolge mindestens 95 %. Unter diesen Meldungen finden sich insgesamt 11 mal die Begriffe "Abort" und "Spontanabort" und einmal "fötale Mißbildung".

PEI-Meldedatenbank: <http://www.pei.de/db-verdachtsfaelle>

++++
[17] Blauzungenimpfung: Kärntner Landwirt soll Haft antreten
++++
Ernst Kraschl aus Feldkirchen Kärnten bewirtschaftet als Hobby einen kleinen Hof mit 10 Ziegen für Eigenbedarf. Im März 2009 sollte er seine Ziegen der Blauzungenpflichtimpfung stellen. Er hatte schon von den massiven Schäden nach dieser Impfung gehört und informierte sich hierzu. Im Beipacktext des Impfstoffes (siehe Anhang) las er dann vielerlei Ungereimtheiten und auch, dass der Impfstoff nur

für Rinder und Schafe geeignet ist, nicht aber für Ziegen. Da er die Ziegen ja für den Eigenbedarf hält und hier kein Risiko eingehen wollte, bat er den Tierarzt die Unbedenklichkeit dieses Impfstoffes schriftlich zu bescheinigen, was dieser aber nicht tat. Daher kam es auch zu keiner Impfung.

Obwohl die Pflichtimpfung schon einige Wochen später Ende März 2009 endete bekam Hr. Kraschl eine Strafverfügung über 360 Euro. So wie hunderte andere Bauern auch erhob Herr Kraschl Einspruch und Berufung bei der Bezirkshauptmannschaft. Dann kam sein Fall ungewöhnlich schnell zum UVS (Unabhängiger Verwaltungssenat) und später in die nächste Instanz zum Verwaltungsgerichtshof. Dieser hob das Urteil wegen Rechtswidrigkeit auf (siehe Anhang). Doch der Fall wurde neuerlich vom UVS aufgegriffen und Herr Kraschl wurde neuerlich verurteilt, diesmal zu einer Strafe von 120 Euro.

Nun kam plötzlich eine Aufforderung zu Haftantritt, in dem er zu 1 Tag Freiheitsstrafe aufgefordert wird (siehe Anhang).

Anzumerken ist auch, dass die Blauzungen-Pflichtimpfung schon 2007 von der damaligen Ministerin Kodolsky beschlossen wurde. Auch gab es bis heute keinen einzigen klinischen Fall von Blauzungenkrankheit in Österreich. - Newsletter von www.mensch-tier.at vom 2. Dez. 2010

Pressemeldungen:

--> Kärntner Bauer soll wegen BT-Nichtimpfens ins Gefängnis:
<http://xrl.in/6tg4>

--> Gefängnisstrafe wegen Nicht-Impfung:
<http://kaernten.orf.at/stories/485079/>

++++
[18] Krankes Wachstum: Planwirtschaft für Unternehmensprofite
++++
Jahr für Jahr steigt der Medikamentenumsatz. Der unabhängige Chef eines öffentlichen Arzneiprüfungsinstitutes muss im September seinen Hut nehmen - offenbar auf Druck der Pharma-Lobby. Zeit für einen gründlichen Blick in die Welt der Arzneikonzerne. (...) - Paul Schreyer am 7. Juli 2010 auf www.hintergrund.de
<http://xrl.in/6tg5>

++++
[19] "Medikamente in Deutschland überteuert"
++++
Viele Medikamente sind in Deutschland doppelt so teuer, wie im Rest Europas - Tendenz steigend. Zu dem Schluss kommt der aktuelle Arzneimittel-Report. (...) - DIE ZEIT online vom 14. Sept. 2010
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-09/medikament-preis-report>

++++
[20] foodwatch gewinnt Prozess gegen Bayerisches Umweltministerium
++++
Wenn Behörden Informationen vorliegen, haben Bürger das Recht, diese einzufordern. Von diesem Recht dürfen sie weder Wucherrechnungen noch Fehlentscheidungen von Beamten abhalten. Das Verwaltungsgericht in München hat nun eine Gebührenfestsetzung des Bayerischen Umweltministeriums für Auskünfte nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG) für rechtswidrig erklärt. Die Richter gaben damit einer Klage von foodwatch gegen einen Kostenbescheid des Ministeriums statt: Für die Weitergabe von Daten zur Uranbelastung von Mineralwässern – die zudem erst deutlich nach den gesetzlich vorgeschriebenen Fristen erfolgte – stellte das Ministerium foodwatch nicht weniger als 1.132 Euro in Rechnung. Ein Betrag, den niemand aus der Portokasse zahlt. Und der Bürger im Zweifelsfall davon abhält, ihr Recht auf Information in Anspruch zu nehmen.

foodwatch hatte im August 2008 beim Bayerischen Umweltministerium Uranwerte von Mineralwasser angefragt. Die Beamten hätten nur nach den Aktenordnern greifen müssen, in denen die Zahlen bereits dokumentiert waren. Stattdessen baten sie die Hersteller um Stellungnahmen – obwohl eine Anhörung der Unternehmen nicht erforderlich war. "Der Urangehalt von Mineralwässern kann [...] von jedermann durch Messung festgestellt werden, so dass es sich nicht um ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis handelt", stellt das Gericht klar.

Den Kostenbescheid hob das Verwaltungsgericht nun auf. Gebühren dürfen Bürger nicht davon abschrecken, sich zu informieren, und sie müssen verhältnismäßig sein, betonten die Richter. "Gemessen an diesen Grundsätzen sind die [...] Gebühren und Auslagen in der konkret festgesetzten Höhe rechtswidrig", heißt es im Urteil.

Dieser Rechtsspruch macht deutlich, dass das VIG nicht funktioniert: Wachsweiche Gesetze verunsichern Beamte wohl so sehr, dass sie, bevor sie Informationen an Bürger herausgeben, bei den Unternehmen um Erlaubnis bitten – nach dem Prinzip: Im Zweifel für die Wirtschaft und gegen das Bürgerrecht! Ein Praxistest von foodwatch hatte übrigens gezeigt, dass rund 80 Prozent solcher Anfragen ohne Auskunft bleiben.

Deshalb ist eine umfassende Reform des VIG dringend nötig. Verleihen Sie dieser Forderung von foodwatch jetzt mit Ihrer Stimme Nachdruck: <http://www.foodwatch.de/vig-aktion>

Quelle: foodwatch-Newsletter vom 26. Nov. 2010

++++
[21] Petition gegen Zulassungspflicht für Nahrungsergänzung
++++
Ziel der Petition:

Der Deutsche Bundestag möge die beabsichtigte Gesetzesänderung durch den Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Lebensmittel- und

Futtermittelgesetzbuches (Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 16. Juli 2010), die zur erheblichen Beeinträchtigung unserer Nahrungsergänzungsmittel und bilanzierten Diäten führt, ablehnen. Viele Patienten müssten auf einer Vielzahl von guten Produkten verzichten. Außerdem ist diese Änderung nicht EU-konform.

Begründung:

Unbemerkt von der Öffentlichkeit und im Schutze der parlamentarischen Sommerpause hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz einen Änderungsentwurf – 2. Gesetz zur Änderung des LFBG – auf den Weg gebracht. Dieser Änderungsentwurf stuft zukünftig nährstoffangereicherte Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel, Energy Drinks und diätetische Lebensmittel nicht mehr als Lebensmittel ein. Dieser Änderungsentwurf ist weder logisch noch nachvollziehbar, da Nährstoffe per Definition Bestandteil von Lebensmitteln sind.

Viele unserer Therapien werden nachhaltig durch die zusätzliche Gabe von Nahrungsergänzungsmitteln unterstützt. Diese werden durch die Patientinnen und Patienten selbst gezahlt und tragen somit zur Entlastung der Krankenversicherung bei. Aber auch nicht erkrankte Personen nehmen regelmäßig Nahrungsergänzungsmittel oder diätetische Lebensmittel zu sich.

Tritt die Änderung in Kraft, können geschätzte 35,9 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher nicht mehr wie bisher in Deutschland gezielt ihre Nahrung ergänzen. Alle Produkte müssten den Weg durch eine bürokratische Zusatzstoff-Anmeldung nehmen. Damit wird jede Innovation nachhaltig gehemmt und der Markt droht zu kollabieren mit dem unabwendbaren Verlust von Arbeitsplätzen.

Die Einspruchsfrist gegen diese Gesetzesänderung läuft Ende August ab.

- 35,9 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger kaufen Nahrungsergänzungsmittel, um sich optimal zu ernähren und gesund zu bleiben (Quelle: TdW Intermedia 05/06)
- Nahrungsergänzungsmittel und diätetische Lebensmittel sind sicher. Sie unterliegen bereits jetzt einer Notifizierungspflicht und unterstützen die eigenverantwortliche Gesundheitsvorsorge.
- Das Ministerium versucht sich in einer Nacht- und Nebelaktion über Oberverwaltungsgerichtsurteile hinwegzusetzen
- Die Gesetzesänderung ist ein deutscher Alleingang und hat keine EU-Verordnung zur Grundlage. Sie verstößt damit gegen den Grundsatz des EU-Binnenmarktes. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf das Urteil des EuGH zum "Vitaminverbot". Mit seinem Urteil vom 12.07.2005 bestätigt der EuGH, dass die Gemeinschaftsrichtlinie über Nahrungsergänzungsmittel (FSD) gültig ist. Die Richtlinie (FSD) bezieht sich nicht auf natürliche Vitamine und Mineralstoffe, wie sie normalerweise in der Nahrung oder als deren Bestandteil verzehrt werden. Sämtliche natürliche Vitamine und Mineralstoffe sind von der FSD ausgenommen und bleiben

nach diesem Urteil frei verkäuflich. Die Richtlinie gilt nur für "chemische Substanzen", die nicht natürlichen Ursprungs sind. Ein Antrag auf Zulassung dieser Substanzen zur Positivliste darf nur auf Grund einer eingehenden Risikobewertung abgelehnt werden.

- Das vom Bundesministerium geplante Gesetz stoppt alle Innovationen.
- Die geplante LFGB-Änderung stellt einen Affront gegen mündige Verbraucherinnen und Verbraucher dar. Unabhängig davon schädigt sie Einzelhandel, Werbewirtschaft und Lebensmittelindustrie.

--> zur Petition

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=13766>

--> Hinweise zur Registrierung und Unterzeichnung

<http://xrl.in/6tg9>

+++++

[22] Kriminalisierung von Hebammen in Ungarn

+++++

Man könnte meinen, Ágnes Geréb hätte einen Anschlag auf die Regierung vorbereitet. Angeklagt ist die 57-jährige jedoch aus ganz anderen Gründen.

Am 5. Oktober untersuchte die Gynäkologin und Hebamme eine hochschwangere Frau in dem von ihr gegründeten "Napvilág Geburtshaus" in Budapest. Weil die Wehen der Patientin vorzeitig eintraten, rief Geréb einen Krankenwagen. Denn den komplizierten Fall wollte sie nicht selbst betreuen. Mit den Sanitätern erschien die Polizei. Und anders als Mutter und Kind, die ins Krankenhaus gebracht wurden, landete die Ärztin im Gefängnis. Vorgeworfen wird ihr Fahrlässigkeit in der Berufsausübung und Kurpfuscherei. Damit erwarten sie bis zu fünf Jahren Haft.

In vier Fällen ist Géreb angeklagt. Neben dem aktuellen Vorfall sind das drei Neugeborene, die während oder kurz nach der Geburt gestorben sind. Mit drei von 3.500 Babys, die Géreb auf die Welt geholt hat, liegt diese Sterberate unter der in ungarischen Krankenhäusern. Zu einer Anklage reichte das, zusammen mit dem aktuellen Fall, trotzdem aus. Géreb stieß schon häufiger mit dem Gesetz zusammen: So wurde sie für ein halbes Jahr aus einem Krankenhaus verwiesen, weil sie Väter im Kreißsaal zugelassen hatte - ein Vergehen, das heute auch in Ungarn zur Normalität geworden ist. Wegen wiederholter unerlaubter Geburtshilfe war sie von 2007 bis 2010 mit einem Berufsverbot belegt. (...) - AVITA Berlin vom 24. Nov. 2010

<http://xrl.in/6tgc>

Kommentar: Uns geht's ja noch gold - aber wie lange noch?

Wenn ich solche Meldungen aus dem ehemaligen Ostblock lese, wird mir einmal mehr bewusst, dass wir in Deutschland eigentlich auf einer Art Insel der Glückseligen leben. Wir haben weder eine gesetzliche Impfpflicht noch ist es Schwangeren verboten, ihr Kind zuhause zur Welt zu bringen. Doch der Spielraum wird auch bei uns scheinbar immer en-

ger. Die Impfpflicht kommt durch verschiedene Hintertüren und unabhängige Hebammen können sich bei uns aufgrund einer geradezu wahnsinnigen Pflichtversicherung finanziell kaum über Wasser halten. Wenn sich das allgemeine Bewusstsein um den Wert unserer verfassungsmäßig garantierten Grund- und Freiheitswerte nicht entwickelt, dann ist Ungarn früher oder später auch bei uns - vielleicht sogar überall.

Das betrifft nicht nur das Gesundheitswesen, sondern ist ein grundsätzliches Problem. Aber noch ist es nicht zu spät: Wer hätte sich noch im August 2010 getraut vorauszusagen, wie sich die Stuttgarter Bürgerbewegung gegen Stuttgart 21 entwickeln würde?

+++++

[23] Veranstaltungshinweise

+++++

Elternseminar Impfentscheidung

29. Januar 2011, Berlin

Referent: Hans U. P. Tolzin

Info: www.impf-report.de/Veranstaltungen oder

redaktion@impf-report.de

20. Mai 2011 - Stuttgart: Elternseminar Impfentscheidung

20. Mai 2011 - Stuttgart: Deutsches Impfkritikertreffen

21. Mai 2011 - 8. Stuttgarter Impfsymposium

Siehe auch: www.impf-report.de/veranstaltungen

Sonstige impfkritische Vorträge:

www.impfkritik.de/veranstaltungen

+++++

[24] Impressum

+++++

Der "impf-report" Newsletter ist ein kostenloses Angebot des freien Journalisten Hans U. P. Tolzin. Die Inhalte des "impf-report" Newsletters und der "impf-report" Zeitschrift sind nicht identisch. Eine kostenlose Leseprobe der Zeitschrift können Sie bei untenstehender Adresse anfordern.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Alle Texte ohne Gewähr. Ich fordere meine Leser ausdrücklich auf, jede in dieser Publikation verbreitete Aussage, sei sie für oder gegen das Impfen, sorgfältig zu prüfen! Ich kann keine Verantwortung für die Folgen gesundheitlicher Entscheidungen übernehmen, die sich auf diese Publikation berufen. Bitte ziehen Sie immer rechtzeitig einen Arzt oder Heilpraktiker Ihres Vertrauens zu Rate. Alle Rechte bei Hans U. P. Tolzin bzw. den jeweiligen Autoren.

Kontakt:

Hans U. P. Tolzin

Nefflenallee 2

74523 Schwäbisch Hall

Fon 0791/2041 1247

Fax 0791/2041 1248

Webseite: <http://www.impf-report.de>

Email: redaktion@impf-report.de